

Länder fordern vom Bund Hilfe bei Bekämpfung von Crystal Meth

Berlin, 05.07.2014, 09:01 Uhr

GDN - Im Kampf gegen die zerstörerische Droge Crystal Meth fordern die Bundesländer ein deutlich stärkeres Engagement des Bundes. Sachsens Gesundheitsministerin Christine Clauß (CDU) kündigte gegenüber der "Leipziger Volkszeitung" (Sonntag-Ausgabe) für kommenden Freitag für den Bundesrat einen entsprechenden Entschließungsantrag der Länder an.

Aktuelle Fälle zeigten, dass Crystal eine Droge sei, die sich durch die gesamte Gesellschaft ziehe. "Das macht auch deutlich, dass diese Droge eben keine Randerscheinung in Grenzregionen ist, sondern bereits in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist", begründete Ministerin Clauß ihren Hilfsappell an die Adresse des Bundes. "Es geht um ein gesamtgesellschaftliches Problem, das wir nur gesamtgesellschaftlich bekämpfen und lösen können." Clauß fordert deshalb im Namen der Bundesländer nicht nur präventive Maßnahmen, sondern auch ein entschlossenes Handeln des Bundes "im repressiven Bereich durch polizeiliche und justizielle Maßnahmen, um die illegalen Herstellungs- und Vertriebsstrukturen zu zerschlagen". In dem Antrag wird die Bundesregierung konkret aufgefordert, "die polizeilichen Kräfte mit den Ländern zu bündeln und die Kontrolltätigkeit des Bundespolizei und des Zolls zur Verstärkung der Bekämpfung der mit dem Crystalhandel und -konsum einhergehenden Betäubungsmittelkriminalität über ihr bisheriges Engagement hinaus zu intensivieren". Zudem müsse Berlin "länderübergreifend Präventionsmaßnahmen initiieren und unterstützen". Notwendig sei weiterhin "eine solide Datenbasis zum tatsächlichen Ausmaß des Crystal-Konsums in der Bevölkerung". Außerdem müsse der Weg freigemacht werden, "zur Kooperation bei den Ermittlungen über Landesgrenzen hinweg, damit wir Herstellungs- und Händlerstrukturen ausmachen können". Ergänzend fordern die Länder auch "eine Kooperation in der Suchtprävention über Landesgrenzen hinweg".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-37294/laender-fordern-vom-bund-hilfe-bei-bekaempfung-von-crystal-meth.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619